

# Die Heereslieferungen im Reichstag.

## Die Lex Daimler.

144. Sitzung, Mittwoch, 20. März 1918.

Die Novelle zum Postschleppgesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zur Verhandlung stehen dann die Anträge des Hauptausschusses auf Erlass einer Bundesratsverordnung zur Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe. Der Hauptauschuß legt folgende Entschlüsse vor:

1. den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald für Erlass einer Bundesratsverordnung Sorge zu tragen, wonach der Reichskanzler ermächtigt wird, in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben die Geschäftsbücher und andere für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen überwachen zu lassen;
2. den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten;
3. den Reichskanzler zu ersuchen, eine Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen überwachen sollen.

**Abg. Piesching (Ept.)** berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Veranlassung zu den Anträgen gaben die Vorgänge bei den Daimlerwerken in Stuttgart. Daimler selbst ist tot, er war ein selbstloser Mann, der sich an solchen Vorgängen nicht beteiligt hätte. Die Werte haben 1914 bereits 16 v. H. Dividende verteilt, 1915 waren es 28 v. H. und 1916 35 v. H. (Hört! Hört!) Dabei sind die Gesamtanlagen im Werte von mehr als 6 Millionen Mark auf 1 Mark abgeschrieben worden. (Hört! Hört!) Der Ausschuß zur Prüfung der Heereslieferungen hat am 1. März eine Anzeige von einem früheren Angestellten der Firma Daimler erhalten, wonach die Kalkulation falsch gewesen sein soll. Da Originale beigelegt waren, wurde von der Heeresverwaltung Strafanzeige erstattet.

### General v. Wrisberg:

Das Strafverfahren gegen die Leitung der Firma Daimler ist wegen verletzten Vertrauens und Kriegswunders eröffnet worden. Das Schreiben, in dem eine Einschränkung des Betriebes angedroht worden ist, ist dem Oberreichsanwalt zugeführt worden zur Untersuchung, ob etwa verletzter Landesverrat vorliegt. Im Namen der Heeresverwaltung habe ich ferner zu der Veröffentlichung der Firma folgende Erklärung abzugeben:

„Wenn die Drohung mit einer Einstellung des Betriebes in Abrede gestellt wird, so wehrt man sich gegen eine Anklage, die gar nicht erhoben worden ist. Der Wortlaut des den Gerichten übergebenen Schreibens läßt gar keinen Zweifel daran zu, daß es sich um ein Ultimatum handelt, das Einschränkungen des Betriebes androhte, falls die geforderte Preisreduktion nicht in aller Kürze eintreffe. Es ist stets anerkannt worden, daß die Daimlerwerke hohe Qualitätsarbeit liefern, was wohl weniger der kaufmännischen Leitung, als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. Gerade wegen der hohen Leistungen des Werkes lag es im Interesse der öffentlichen Sicherheit, einer Einschränkung der Produktion vorzubeugen. So wurde dieses Schreiben, in dem gleichzeitig und endgültig die seit langer Zeit immer wiederholte Forderung, die Heeresverwaltung möge die Preisrevision vornehmen, erhoben wurde, der äußere Anlaß, auf Grund des 9b des Belagerungszustands-Gesetzes, einzuführen. Wenn die Firma weiter erklärt, einige Tage später ihre Drohung ausdrücklich zurückgenommen zu haben, so war diese Zurücknahme doch nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmungen des Belagerungszustands-Gesetzes, und um die Militarisierung abzuwenden. Die trotzdem bald darauf verhängte Militarisierung erfolgte nicht lediglich auf Grund der inzwischen bekanntgewordenen Angaben eines ehemaligen Beamten der Firma hin, sondern auf Grund der ganzen Vorgänge in Verbindung mit dieser Anzeige. Es trifft also auch nicht zu, daß der Unter- und der Hauptauschuß des Reichstages sich bei ihrem Vorgehen gegen die Firma allein auf die Angaben eines ehemaligen Beamten gestützt haben. Die Daimlergesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wiedergegebene Ansicht, sie habe 50 Prozent Preisreduktion gefordert. Die Firma behauptet, nur 10 Prozent gefordert zu haben. Dies war allerdings ihre letzte Forderung. Es wird aber übersehen, daß der Kommissar der Heeresverwaltung im Hauptauschuß nicht von 50 Prozent auf die letzten Preise gesprochen hat, sondern von etwa 50 Prozent auf die zu Beginn des Krieges gezahlten Friedenspreise. Die verlangte Erhöhung beträgt gegenüber diesen Friedenspreisen bei Motoren etwa 41 Prozent, bei Ersatzteilen 70 Prozent, so daß im Durchschnitt etwa 50 Prozent Aufschlag herauskommen. Dies nur zur Richtigkeit. Im Übrigen erhalten Konkurrenten tatsächlich um etwa 50 Prozent höhere Preise. Die Ablehnung der Preiszuschläge erfolgte nicht deshalb, weil das Fabrikat im Verhältnis zu anderen Erzeugnissen nicht einen höheren Preis wert gewesen wäre, sondern weil die Firma infolge ihres ungeheuren Umsatzes offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die Verweigerung der Kalkulationsunterlagen es der Preisprüfungsstelle unmöglich machte, pflichtgemäß die wirkliche Angemessenheit der Preise zu beurteilen.“

Soweit die Erklärung, Man hat der Heeresverwaltung den Vorwurf gemacht, sie habe nicht früh genug zugegriffen. Sie hätte aber erst dann ein Recht und die Pflicht zum Eingreifen, als die Abrechnungen in Frage gestellt waren. Die Preise gaben einen ausreichenden Grund nicht, da sie an sich nicht zu hoch erschienen. Die Heeresverwaltung bittet, das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abzuwarten. Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch von ihren sonstigen Geschäften herrühren. Von der Verordnung vom 14. Juli 1917 ist nicht Gebrauch gemacht worden, weil sie nach ihrer Entstehungsgeschichte nicht anwendbar erschien. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß man auch auf ihr fußen kann. In künftigen Fällen will sich die Heeresverwaltung auf diese Verordnung stützen. Die Anwendung von 9b des Belagerungszustands-Gesetzes konnte erst in Frage kommen, als ein Vorgehen im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig erschien. Daher wurde erst eingegriffen, als die Leistungen der Firma unterzogen werden.

Die Heeresverwaltung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Sie hat nichts zu vertuschen und will nichts vertuschen. Es wird auch muß Klarheit geschaffen werden. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor. (Beifall.)

### Abg. Erzberger (Ztr.):

Die deutsche Industrie hat glänzende Leistungen vollbracht. Das glänzende Bild hat aber auch seine Schattenseiten. Gewiß mag in den ersten Kriegsmonaten die Preisfrage keine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Aber etwas mehr Vorzicht hätte man doch walten lassen sollen. Wir wären dann um Hunderte von Millionen reicher. Die Preise waren aber anfangs vielfach so hoch, daß die Lieferanten selbst sich dagegen wehrten. (Hört, hört!) Sie wußten, daß diese Preise einfach unhaltbar sein mußten. Ein planmäßiger Abbau aller Preise bis zum Friedensstand muß beim Eintritt in die Uebergangswirtschaft unser Ziel sein. Wie können wir sonst konkurrenzfähig bleiben? Vor allem gilt das für Holz, Kohle und Eisen. Ohne das schlechte Beispiel vieler Kriegs-Gesellschaften wären die Preise bei uns auch nicht in dem Umfange gestiegen.

Nun zu Daimler. Die Erklärungen der Gesellschaft sind irreführend. Wir freuen uns, daß ihre Drohung der Reichsanwaltschaft übergeben worden ist. Wenn gegen Arbeiter gerichtliche Vorgegangen wurde, die gestreikt haben, dann muß auch rückwärts vorgegangen werden gegen eine große Aktiengesellschaft. (Beifall.) Die Kalkulation der Gesellschaft ist geradezu eine Verhöhnung des Kriegsministers und des Reichstages. Die Gesellschaft glaubt wohl, der „Idiotengesellschaft“ alles unterbreiten zu können. Das sollte in der Kalkulation ist die Amortisation auf Lohn in Höhe von 30 v. H. (Hört, hört!) Und diese Kalkulation wurde nur „unter strengster Disziplin“ mitgeteilt. Das ist verständlich, denn sie hat das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Leider gibt es nicht bloß einen Daimler im Deutschen Reich. Ein ganz erheblicher Teil der Schuld trifft das Kriegsministerium. Diese unendliche Geduld hat man vom preußischen Militär nicht erwartet. Drei volle Jahre streitet man sich mit Daimler herum, bis man die Kalkulation endlich — nicht bekommt. (Seiterkeit.) Da spricht man im Ausland noch von Militarismus. (Erneute Seiterkeit.) Die neue Zentral-Preisprüfungsstelle nicht beim Kriegsministerium, sondern bei der Bumba errichtet werden, deren Prüfungsstelle sich glänzend bewährt hat. Wir verlangen, daß die militärische Ueberwachung auch dann durchgeführt wird, wenn durch übermäßige Preisforderungen die Interessen des Reiches gefährdet werden. Wir hoffen, daß davon möglichst selten Gebrauch gemacht werden muß. Die Zurückforderung der Buchergewinne muß möglichst bald durchgeführt werden.

Auch den Reichstag trifft Schuld. Wir haben in den letzten Jahren unser Kontraktrecht viel zu milde gehandhabt. Das deutsche Volk will die Gewißheit haben, daß die Mittel aus den Kriegsanleihen sparsam verwendet werden. Die rücksichtslos ist man in England vorgegangen! Die Produktion an Kriegsmaterial ist dort keineswegs zurückgegangen, sondern stark gestiegen. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß die Anträge des Ausschusses nicht nur bald angenommen, sondern auch sobald als möglich verwirklicht werden. (Beifall.)

### Generalleutnant Loupette

gab ein Bild der Entwicklung des Vergewaltigungswesens bei der Feldzeugmeisterei und der Bumba. Es ist nicht zutreffend, daß wir mit der Errichtung einer Beschaffungsstelle erst jetzt vorgegangen sind. Der Grund hierzu und der Ursprung geht auf Ende 1914 zurück. Wir haben jetzt ein Kalkulationsbüro wie die privaten Großbetriebe. Es werden jetzt einheitlich die Materialien berechnet, die Mengen, die benötigt werden, die Unkosten und die Gewinne. Es entstand für uns die Frage: soll man jedem einzelnen Werk einen Preis für sich geben, oder soll man Einheitspreise bewilligen? Wir waren uns bewußt, daß Einheitspreise ohne Zweifel Nachteile mit sich bringen. Es war aber bei der außerordentlich großen Zahl von Werken — es handelte sich um viele Tausende — gar nicht möglich, in kurzer Zeit für jedes Werk festzustellen, welcher Preis angemessen sei. Wir mußten deshalb bei der großen Masse zu Einheitspreisen übergehen. Wir sind aber nicht in allen Fällen dazu übergegangen. Bei Pulver, Sprengstoffen und vielen anderen Stoffen haben wir für die einzelnen Werke die Preise festgesetzt. Die Grundlagen für die Kalkulationen gaben uns die staatlichen Institute. Ich will hierbei erwähnen, daß auch die Industrie selber uns hier an die Hand gegangen ist, die großen Organisationen der Industrie, besonders der Verein der Deutschen Eisenhüttenleute und der Verein deutscher Maschinenbauanstalten. Sie haben bei den Preisermittlungen erheblich mitgewirkt. Eine große Zahl von Werken hat uns auch ihre Kalkulationen gegeben. Das Kriegsministerium steht auf demselben Standpunkt, den die Herren im Ausschuß und auch hier vertreten haben, daß es unmöglich ist, bei jeder Industrie genaue Kalkulationen anzustellen. Diese Prüfungen müssen auf einzelne Fälle beschränkt werden. Es muß hervorgehoben werden, daß die deutsche Industrie ganz Hervorragendes geleistet hat. Ich erinnere an die in kürzester Zeit erreichte Lieferung von Stahlfabrik. Den chemischen Fabriken ist es gelungen, sich in kürzester Zeit auf die Erzeugung von Sprengstoffen umzustellen. Dabei spielte das Gefahrmoment eine große Rolle bei Werken, die noch nie Sprengstoffe hergestellt hatten. Unsere Eisenindustrie hat es verstanden, trotz des Fehlens wichtiger Zuschlagstoffe einen Stahl zu erzeugen, von dessen Vollwertigkeit sich die Engländer und Franzosen täglich neu überzeugen konnten. (Beifall.)

### Abg. Noske (Soz.):

Die gewünschte Bundesratsverordnung wird eine Lex Daimler sein. Es handelt sich um gemütskränkende, schamlose Erpressungs- und Auswucherungsverträge. Betroffen soll nicht nur ein Unternehmen werden, sondern allen soll das Handwerk gelegt werden, die sich auf Kosten des Reiches die Taschen füllen. Eine dünne Schicht ist es, die Milliardengewinne einstreift. Dem Daimler-Werk reihen sich andere würdig an, die aus der Not des Volkes unerhörte Profite herausminzen. Dreieinhalb Jahre lang haben wir eine wahre Orgie kapitalistischer Gewinnmacherei erlebt. Die Schwerindustrie, die Kanonenwerke, die Gewehrfabriken, die Pulver- und Sprengstoffabriken, die Ledergesellschaften, die chemische Industrie, die Tabak- und Zigarrenindustrie, sie haben ungeheure Gewinne eingesackt und 30 und mehr Prozent Dividende bezahlt. Anlagen im Werte von vielen Millionen sind auf 1 Mark abgeschrieben worden. Einer weiteren Vergeudung von Reichsmitteln muß radikal Einhalt geboten werden. Von der zu Unrecht eingebrachten Deute muß ein Teil wieder dem Reiche zugeführt werden. Die Kreise, für die der Krieg zum

glänzenden Geschäft wurde, sind die eifrigsten Treiber der Vaterlandspartei. (Hört, hört!) Sie sind bereit, weitere Ströme des Blutes fließen zu lassen, das nicht aus ihren Reihen kommt. Sie drohen sogar, sich nicht an der Kriegsanleihe zu beteiligen, wenn ihre Gewinne beschränkt werden. Jeder Rechtfertigungsversuch der Daimlerwerke ist ein vergebliches Bemühen. Zweifellos liegt eine Streikandrohung vor. Daß jemals Anlaß vor, von verurteiltem Landesverrat zu sprechen, so in diesem Falle. Das Volk wird bei seinem Urteil bleiben, selbst wenn das Gericht die Leiter der Daimlergesellschaft nicht für das Zuchthaus reif erachtet sollte. Die Auswucherung des Reiches ist ermöglicht worden, durch Unkenntnis, Nachlässigkeit, Mangel an Voraussicht an manchen Stellen der Heeresverwaltung. Es gibt kein Gebiet, auf dem das Reich noch nicht bewacht worden ist. Die Langmut der Heeresverwaltung ist unbegreiflich. An die großen Werke, wie Daimler, A. E. G. und andere hat man sich nicht so herangebracht, wie es notwendig gewesen wäre.

### Abg. Gothein (Upt.):

Der Reichstag hat immer darauf gedrungen, daß das Monopol einiger Firmen beseitigt wird. Die Beratung des Kriegsministeriums durch Industrielle ist notwendig. Es grenzt aber nahezu an Bestechung, wenn, wie es häufig vorgekommen ist, einzelne Großindustrielle schon jetzt Beamte der Kriegsgesellschaft und Kriegsämter mit hohen Gehältern für die Friedenszeit engagieren. Von Offizieren in Uniform werden im Interesse von Wohlstandsanstalten Hausiergeschäfte gemacht, wobei natürlich der größte Teil des Gewinns in die eigene Tasche wandert. Das Hindenburgprogramm verlangte auf einmal zu viel, es stellte zu hohe Ansprüche an die Umstellung der Industrie und führte zu Berlehrsstockungen. Inzwischen sind aber infolge der langen Dauer des Krieges und infolge des riesigen Umsatzes die Neuanlagen sehr abgeschrieben. An sich sind die Abschreibungen berechtigt, denn bei Friedensschluß sind diese Anlagen kaum noch die Abbruchkosten wert. Fraglich bleibt es, ob geeignete Personen für die Kalkulation gefunden werden. Der Hunger nach Eisen wird nach dem Kriege sehr groß sein. Eisen ist jetzt im Ausland teurer als bei uns. Wir müssen die Kaufkraft des Geldes wieder heben, sonst schneiden wir auf den Auslandsmärkten schlecht ab. Wer hat bei den Sädelieferungen im Fall Behr-Pinnow den Ueberpreis bewilligt? Warum zieht man keine Sachverständigen hinzu? Bestimmend wirkt die Kaufererei an anderen Stellen. In Belgien hat man deutsche Kaufleute schlechter behandelt als Belgier. Wir wünschen einen Dauerkrieg, der nicht den Keim künftiger Kriege in sich trägt, und der die Moral des Volkes wieder hebt.

### General Scheich:

Es wurde hier über die Beschäftigung von Herren aus der Industrie und dem Handel in unseren Kriegsgesellschaften, besonders in der Kriegsrohstoffabteilung gesprochen. Schon im Frieden wurden wir von allen Seiten des Hauses immer darauf aufmerksam gemacht, wir sollten den kaufmännischen Geist bei uns in der Heeresverwaltung einzug halten lassen, dann würde die Sache viel besser sein, dann würde der militärische Bürokratismus nicht soviel tolle Sachen machen. Nun haben wir den kaufmännischen Geist einzulassen lassen, und nun sollen wir ihn wieder austreiben. (Seiterkeit.) Herr Noske hat hier Namen solcher Herren genannt. Diese Herren stehen in hohem Ansehen bei ihren Vorgesetzten, bei ihren Kollegen und Kameraden wegen ihrer Objektivität und ihrer wertvollen Dienste. Sie können durch die Nennung ihres Namens in ihrem Werte nicht herabgemindert werden. Die Antrögen zum Fall Daimler werden im Vorausschuß noch weiter behandelt werden. Die Stilllegungen werden vom Reichswirtschaftsamt erledigt. Wir beschränken uns hierbei auf das Notwendigste. Bei Handwerksbetrieben wird stets die Handwerkskammer zugezogen, ebenso bei der Einziehung zum Hilfsdienst. Die Handwerker werden nach Möglichkeit an ihrem Wohnort beschäftigt. Der Mittelstand hat am schwersten gelitten. Es ist vaterländische Pflicht, ihn zu stützen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Freitag 12 Uhr: Notetat, Kreditvorlage, Friedensvertrag mit Rußland, Weiterberatung der Daimler-Angelegenheit. Schluß nach 7 Uhr.